

# Information für die Presse

**Bund Naturschutz, Kreisgruppe Garmisch-Partenkirchen**

Vorsitzender Axel Doering

Telefon: 08821 – 3117; Telefax: 08821 – 9738117

E-Mail: [doering@bn-gap.de](mailto:doering@bn-gap.de)



Garmisch-Partenkirchen, 3. Dezember 2010

## ***Enteignung oder Erpressung? Wie die Olympiabewerbung einen Ort spaltet***

Wie viele andere Fragen auch ist die Bereitstellung der Grundstücke in Garmisch-Partenkirchen für die Olympiabewerbung „München 2018“, trotz vieler anders lautender Meldungen nach wie vor völlig ungeklärt.

Die Art der Berichterstattung und Gerüchte über „wild entschlossene Neinsager“ und von Nazivergleichen unter den von den olympischen Spielen betroffenen Garmisch-Partenkirchner Grundbesitzern auf der einen Seite und über "Erpressung der Marktgemeinde" auf der anderen Seite, geben Grund zur Besorgnis.

Die betroffenen Grundbesitzer haben von Anfang an klar gemacht, dass sie ihre Grundstücke nicht schon wieder für eine Riesenveranstaltung - diesmal für die Olympischen Winterspiele 2018 - , zur Verfügung stellen wollen. Um ihren Willen deutlich zu machen, haben sie einen Anwalt beauftragt, über den ausschließlich alle Kontakte laufen sollten.

Im Verhältnis zwischen Gemeinde und Grundbesitzern muss etwas vorgefallen sein, das die Verärgerung einiger Landwirte soweit gesteigert hat, dass sie jetzt ihre Grundstücke auch für die Ski-WM-Rennen im Februar 2011 nicht mehr zur Verfügung stellen wollen.

Minister Schneider hatte mit einer „Initiativgruppe“ in Garmisch-Partenkirchen über die Grundstücke verhandelt, die der falsche Ansprechpartner war. Denn diese Initiativgruppe hatte für die meisten Grundstücke kein Mandat. . Trotz mehrfacher Klarstellungen und eines Briefes, der im Namen von 167 Grundeigentümern am Tag der Entscheidung über das „Bid-Book“ an den Gemeinderat gerichtet wurde, wurde von Minister Schneider und der Bewerbungsgesellschaft immer wieder fälschlicherweise der Eindruck erweckt, die für die Bewerbung nötigen Grundstücke stünden zur Verfügung.

Damit wurde und wird auf die betroffenen Grundbesitzer zunehmend ein immenser und unzulässiger Druck ausgeübt. Bei vielen dieser Grundbesitzer wurden bereits die Eltern oder Großeltern für die olympischen Spiele 1936 und die Bewerbung 1940 enteignet. Die Grundstücke wurden auch nach 1945 von der Gemeinde nicht wieder zurück gegeben, obwohl die Spiele von 1940 nicht stattfanden.

Jetzt wird bereits mit einer Art öffentlichem Pranger für unbotmäßige Grundeigentümer gedroht, wenn die Bewerbung 2018 an den Einwänden der Grundbesitzer, die vorher in keiner Weise gefragt wurden, scheitern sollte. Was auf die Bürger und die betroffenen Grundbesitzer nach einem Zuschlag für „München 2018“ zukommen wird, zeigt bereits die Entwicklungen bei der Ski-WM 2011. Dem Besitzer eines Grundstückes an der Kandahar wird derzeit von der Gemeinde mit einem Gerichtsverfahren und Enteignung gedroht.

Es geht in Garmisch-Partenkirchen nicht nur um einzelne Grundstücke, sondern auch darum, dass bei einem Zuschlag für die Spiele viele zusätzliche Anforderungen und Eingriffe auf den Ort zukommen. Das haben bereits die Vorbereitungen für die viel kleineren Ski-WMs leidvoll gezeigt.

Es geht darum, dass der Ort einen weiteren Verstärkungsschub erleiden wird.

Es geht darum, dass die Ausübung der Landwirtschaft für viele der Bauern noch schwieriger wird.

Es geht darum, dass der Ort noch teurer wird, als er schon ist und dass das Leben, gerade für junge Menschen unerschwinglich wird.

Es geht auch darum, dass der Ort nicht dem Diktat der Sportfunktionäre und des IOC ausgeliefert werden darf. Was das bedeutet, sieht man bereits im Vorfeld, wo das Nein der betroffenen Grundbesitzer, entgegen den öffentlichen Beteuerungen von Minister Schneider, weder beachtet noch respektiert wird.

Niemand versteht auch, dass die massiven Eingriffe und Kosten für die WM-ausgebauten Biathlon- und Langlaufanlagen in Ruhpolding und Oberstdorf nicht zum Einsatz kommen sollen. Man will stattdessen das Gleiche in der herrlichen Landschaft von Schwaiganger zum Schaden von Natur und Steuerzahler mit temporären Anlagenwiederholen - nur weil das IOC und die Bewerber es so verlangen.

Es geht aber auch um den Frieden im Ort. Er ist mittlerweile in der Frage über die Spiele 2018 tief gespalten (u.a. sind von über 100 seit August gesammelten Leserbriefen in der lokalen und regionalen Presse mehr als 80 gegen die Bewerbung um die Winterspiele 2018, nur 20 dafür).

**Ein weiteres stures Festhalten an der Bewerbung „München 2018“ ohne genaue Informationen über alle Konsequenzen und die anschließende Befragung der Bürger ist nicht mehr zu verantworten.**